

Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB)
Groupement suisse pour les régions de montagne (SAB)
Gruppo svizzero per le regioni di montagna (SAB)
Gruppa svizra per las regiuns da muntogna (SAB)

CH-3001 Bern · Seilerstrasse 4 · Postfach 7836 · Tel. 031 382 10 10 · Fax 031 382 10 16
Internet: <http://www.sab.ch> E-mail: info@sab.ch Postkonto: 50 - 6480-3



Bern, 2. Mai 2013
TE / L3

Bundesamt für Gesundheit
Direktionsbereich Kranken-
und Unfallversicherung
Abteilung Versicherungsaufsicht
Hessstrasse 27E

3003 Bern

corinne.erne@bag.admin.ch

(avec un résumé en français à la fin du document)

Stellungnahme der SAB betreffend der Volksinitiative „Für eine öffentliche Krankenkasse“ und dem indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum randvermerkten Geschäft. Die SAB vertritt als gesamtschweizerische Dachorganisation die Interessen der Berggebiete in den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Belangen. Mitglieder der SAB sind 23 Kantone, rund 700 Gemeinden sowie zahlreiche Organisationen und Einzelmitglieder.

Volksinitiative

Die SAB lehnt die Volksinitiative für eine öffentliche Krankenkasse ab. Das bisherige System mit verschiedenen Krankenkassen hat sich aus Sicht der SAB bewährt. Die SAB erachtet als richtig, dass unter den Krankenkassen der Wettbewerb spielen soll. Dieser Wettbewerb ist ein wichtiger Faktor, um die Kostensteigerung im Gesundheitswesen wenigstens ein bisschen einzudämmen. Weiter ist dieser Wettbewerb auch für die Kundenzufriedenheit von grosser Bedeutung. Gerade in den Berggebieten und ländlichen Räumen sind zudem viele kleinere, lokal

verankerte Krankenkassen tätig, die dank schlanker Strukturen sehr kosteneffizient, unkompliziert und kundenorientiert arbeiten und damit attraktive Prämien anbieten können. Zudem handelt es sich dabei um wertvolle Arbeitsplätze in diesen Räumen, die bei der Bildung einer Einheitskasse verloren gehen würden. Gemäss Vernehmlassungsbericht (S. 17) beschäftigen die Krankenkassen heute rund 12'200 Angestellte, verteilt über die ganze Schweiz. Es muss befürchtet werden, dass bei der Bildung einer Einheitskasse ein erheblicher Teil dieser Angestellten in den Berggebieten und ländlichen Räumen abgebaut und in den Zentren konzentriert würde. Wir teilen auch nicht die Meinung, dass eine grosse Einheitskasse per se effizienter arbeitet als viele kleinere. Klar ist, dass die Wahlfreiheit für die Kunden wegfallen würde. Ein unzufriedener Kunde kann die Krankenversicherung im Gegensatz zu heute nicht mehr wechseln. Aus diesen verschiedenen Überlegungen heraus lehnt die SAB das Modell einer Einheitskasse und damit die Volksinitiative ab.

Gegenvorschlag

Der indirekte Gegenvorschlag des Bundesrates befasst sich mit Reformen im Krankenversicherungsbereich welche die Rückversicherung für sehr hohe Kosten und die Verfeinerung des Risikoausgleichs sowie die Trennung von Grund- und Zusatzversicherung bezwecken. Aus Sicht der Berggebiete und ländlichen Räume kann insbesondere die anvisierte Trennung von Grund- und Zusatzversicherung Probleme verursachen. Denn nach den Vorschlägen des Bundesrates sollten in Zukunft die Grund- und Zusatzversicherungen nicht mehr von denselben rechtlichen Einheiten angeboten werden dürfen. Wie bereits erwähnt finden sich aber in den Berggebieten und ländlichen Räumen viele kleinere Krankenkassen. Für diese dürfte diese rechtliche Trennung nicht umsetzbar sein. Es muss befürchtet werden, dass diese Vorgabe zu einer Konsolidierung der Krankenkassen und Konzentration auf einige wenige Kassen führt. Damit würde der Wettbewerb unter den Kassen eingeschränkt und wie bereits bei der Einheitskasse ausgeführt drohen Arbeitsplätze in den Berggebieten und ländlichen Regionen verloren zu gehen. Zudem verkompliziert eine Trennung von Grund- und Zusatzversicherung die administrativen Abläufe für die Versicherungen und Kunden erheblich. **Die SAB steht deshalb dem indirekten Gegenvorschlag skeptisch gegenüber. Der indirekte Gegenvorschlag stellt aus Sicht der SAB zudem inhaltlich keinen wirklichen Gegenvorschlag dar.** Die SAB ist darum der Auffassung, dass die Volksinitiative ohne diesen Gegenvorschlag zur Volksabstimmung gebracht werden soll.

Zusammenfassung

Die SAB lehnt die Volksinitiative für eine öffentliche Krankenkasse ab, da damit der Wettbewerb unter den Kassen eingeschränkt würde und der Verlust von wertvollen Arbeitsplätzen in den Berggebieten und ländlichen Räumen droht. Weiter wehren wir uns gegen den Verlust der Wahlfreiheit. Die SAB ist der Auffassung, dass die Volksinitiative ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung gebracht werden soll.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben

mit freundlichen Grüssen

SCHWEIZERISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR DIE BERGGEBIETE (SAB)

Der Präsident:

Der Direktor:

Ständerat Isidor Baumann

Thomas Egger

Résumé :

Le Groupement suisse pour les régions de montagne (SAB) rejette l'initiative populaire « Pour une caisse publique d'assurance maladie ». En effet, le système actuel fonctionne globalement bien. D'autre part, les petites caisses maladie présentes dans les régions de montagne et dans l'espace rurale, proposant souvent des prestations bon marché et peu compliquées, seraient menacées. Des places de travail décentralisées risquent donc de disparaître avec l'introduction de ce nouveau système. Notre organisation s'oppose également au contre-projet indirect présenté par le Conseil fédéral. Cette proposition favorisera une concentration des caisses maladie et entraînera des pertes d'emplois dans les régions de montagne, ainsi que dans l'espace rural. D'autre part, plusieurs interventions parlementaires proposent de soumettre cette initiative populaire sans contre-proposition. Ainsi, le SAB est d'avis qu'il faut rejeter cette initiative populaire, sans lui opposer de contre-projet.